

Marginalien ; Rezensionen

Objekttyp: **BookReview**

Zeitschrift: **Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik**

Band (Jahr): **31 (2011)**

Heft 61

PDF erstellt am: **26.09.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Sebastian Wolff / Jens Wissel

Kämpfe um die institutionelle Struktur der EU

Tagung der Assoziation für kritische Gesellschaftsforschung (AkG)

Im Ankündigungstext der Tagung vom 29.9. - 2.10.2011 in Frankfurt/M. konstatierten die OrganisatorInnen von der Forschungsgruppe „Staatsprojekt Europa“, der europäische Integrationsprozess stecke in einer „Vielfachkrise“: Eurokrise, Staatsverschuldungskrisen in verschiedenen Mitgliedstaaten sowie der Legitimationsverlust der EU und das Fehlen eines neuen europäischen Projekts haben sich zu einer Dynamik verdichtet, die zunehmend den Bestand der Europäischen Union gefährdet. Die Eliten, die das Projekt Europa in den letzten Jahrzehnten vorangetrieben haben, scheinen überfordert zu sein. Der Konsens, die europäische Integration voranzutreiben, droht in den verschiedenen nationalen Machtblöcken zu zerfallen. Ein Rückfall in nationale Krisenlösungsversuche ist nicht auszuschließen.

Der Beitrag der sozialwissenschaftlichen „Europaforschung“ zur kritischen Analyse dieser Entwicklungen ist marginal, gesellschafts- und herrschaftskritische Ansätze sind hier randständig. Zu lange wurde die europäische Integration in den kritischen Sozialwissenschaften unterschätzt. Ziel der Tagung war es daher folgerichtig, unterschiedliche kritische Perspektiven auf die EU zusammenzuführen und „den Strang einer kritischen Europaforschung aufzugreifen und weiterzuentwickeln“.

Als Ergebnis bisheriger Debatten innerhalb der Assoziation für kritische Gesellschaftsforschung (AkG) entschieden sich die VeranstalterInnen für

den methodischen Zugang einer intersektionalen Kapitalismusanalyse. Das heißt, die Verhältnisse wurden stets aus unterschiedlichen Perspektiven beleuchtet. Im Zentrum standen dabei die Kategorien class/race/gender. Im Sinne der Schaffung einer gemeinsamen intersektionalen Grundlage rekonstruierten die drei Vorträge der Auftaktveranstaltung (von Sarah Elsuni, Gudrun-Axeli Knapp und Pia Garske) Diskussionen und aktuelle Debatten um Race, Class und Gender in den sozialen Bewegungen.

Vor diesem Hintergrund folgten die Referate zur Krise der EU: Aus einer feministischen Perspektive setzte sich zunächst Gülay Caglar mit den geschlechtsspezifischen Dimensionen der aktuellen Krisenlösungsstrategien auseinander. In den Mittelpunkt ihrer Überlegungen rückte sie dabei die Pläne für eine Europäische Wirtschaftsregierung. Diese sei aufgrund ihrer Konzentration auf rein monetäre Größen bei gleichzeitiger Ausblendung der Reproduktionsebene als geschlechtsblind zu kritisieren. Gleichzeitig biete eine Europäisierung der Wirtschaftspolitik jedoch bessere Möglichkeiten für feministische Einflussnahme als die nationalen Ebenen der einzelnen Mitgliedstaaten. Caglar begründete dies nicht zuletzt damit, dass die Frauenbewegung historisch auf der internationalen Ebene, bei der Einforderung von Frauen- als Menschenrechten, oft erfolgreicher war als im nationalen Rahmen. Der Vortrag von Anita Fischer schien diese Ein-

schätzung zunächst zu untermauern. Die Ausweitung von Antidiskriminierungspolitiken in den vergangenen Jahren sei maßgeblich auf der europäischen, nicht aber auf der nationalen Ebene geschehen. Hinter dieser Entwicklung erkannte sie jedoch nicht Verschiebungen hin zu einem emanzipatorischeren Integrationsprojekt, sondern vor allem die wettbewerbsstaatliche Modernisierung des Geschlechterverhältnisses zur weiteren Erschließung von Frauen als Arbeitskraftressource.

Hans Jürgen Bieling hob den besonderen Charakter der aktuellen Krise hervor. Während die EU bisher lediglich mit „Entwicklungskrisen“ konfrontiert gewesen sei, sehe sie sich aktuell einer „Bestandskrise“ gegenüber. Die bisherigen Versuche, den Euro zu retten, interpretierte er dabei als neues, jedoch hochgradig umkämpftes Integrationsprojekt. Auch Lukas Oberndorfer konstatierte in seinem Vortrag die Auflösung jener neoliberalen Bindekraft, die das europäische Projekt in den vergangenen Jahren zusammengehalten habe. Die neue Integrationsweise sei durch einen autoritären Wettbewerbsetatismus gekennzeichnet, dessen erste Umriss sich bereits beispielhaft in den Planungen für eine Europäische Wirtschaftsregierung (European Economic Governance) erkennen ließen.

Wie stark die Verflechtung zwischen Staat und Kapital auf der europäischen Ebene ist, machte Pia Eberhardt deutlich. Sie arbeitet in Brüssel bei der lobbykritischen NGO „Corporate Europe Observatory (CEO)“ und legte dar, dass schätzungsweise 15'000 LobbyistInnen in Brüssel mit dem direkten Einwirken auf PolitikerInnen beschäftigt seien, von denen ca. 70 Prozent Kapital-Interessen vertreten. Auch sie analysierte die engen „Staat-

Kapital-Netzwerke“ als Elemente eines autoritären Etatismus, der durch einen Machtgewinn der Exekutive und die immer direktere Integration ökonomischer Interessen in die europäischen Staatsapparate und Politiken gekennzeichnet sei. Zu ähnlichen Schlüssen kamen Nikolai Huke und Jens Wissel, die die These eines heterogenen europäischen Staatsapparate-Ensembles vorstellten und zeigten, wie sich die Konflikte zwischen den einzelnen Apparaten und den räumlichen Bezugsebenen der Regulation in der Krise verschärfen.

Fabian Georgi und John Kannankulam untersuchten in ihrem Referat, wie die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse hinter den Staatsapparaten analysiert werden können und wie sie einzuschätzen sind. Als zentralen institutionellen Akteur einer liberalisierenden und marktschaffenden Politik erkannte Benjamin Werner dabei den Europäischen Gerichtshof (EuGH). Dessen Rechtsprechung sei stark an der Durchsetzung der vier Grundfreiheiten (freier Warenverkehr, Personenfreizügigkeit, Dienstleistungsfreiheit, freier Kapital- und Zahlungsverkehr) orientiert und müsse daher mehr als bisher in kritische Analysen der EU einbezogen werden. Sonja Buckel zeigte anhand der Rechtsprechung des EuGH zur Unionsbürgerschaft, dass auch der EuGH widersprüchlich und nicht losgelöst von den gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen zu betrachten ist. Was die Unionsbürgerschaft angeht, wurde der EuGH zum Katalysator eines europäischen sozialen Projektes.

Der Krise der EU aus Perspektive der Migration nahm sich schließlich Vassilis Tsianos an. Er betonte die gegenwärtige Umgestaltung des EU-Grenzregimes. Die pro-aktive Dimension der Kontrolle verliere zunehmend an Bedeutung zugunsten einer autori-

tären und nationalen Neu-Orientierung. Auch er sieht in dieser Entwicklung jedoch Chancen: Mit der Krise des Dublin-II-Systems gingen nicht nur genannte Gefahren einher, sondern auch die Möglichkeit einer progressiven Reform, bei der die Rechte von MigrantInnen ausgebaut werden könnten. Dass die Krise zunächst jedoch höchst negative Auswirkungen auf Migrantinnen und Migranten hat, zeigten Saida Ressel und Sebastian Wolff in ihren Ausführungen über den Krisenverlauf in Spanien auf. MigrantInnen seien in Spanien mit Abstand am härtesten von den Krisenfolgen betroffen, der Grad ihrer Prekarisierung sei entsprechend extrem angestiegen. Mit einem geschlechterdifferenten Blick ließe sich dabei auch eine zunehmende Vergeschlechtlichung der Prekarisierung ausmachen.

An ihren Befund des Anstiegs xenophober und rassistischer Einstellungen schloss inhaltlich der Vortrag von Anna Krämer an, die dem Charakter Europas als kolonialem Konstrukt bis in die Philosophie der Aufklärung nachging. Europa sei von jeher ein „weißes Projekt“ gewesen, dessen Integration nach innen immer auf einem „othering“ nach außen basiert habe, das die Fremden als minderwertig gegenüber dem Eigenen konstituiert. Im Gegensatz zu anderen Gewissheiten des europäischen Integrationsprojekts seien die rassistischen Fundamente der EU mitnichten in einer Krise, würden aktuell vielmehr sogar eine Verstärkung und Verschiebung erfahren (was sich beispielsweise auch am innereuropäischen Umgang „Kern-Europas“ mit Griechenland und den anderen sog. „PIGS“-Staaten zeige).

Was den intersektionalen Anspruch des Vorgehens auf der Tagung betrifft, muss ein zwiespältiges Fazit gezogen werden. Erfreulich ist sicherlich, dass

in fast allen Panels versucht wurde, sich dem Gegenstand aus unterschiedlichen Perspektiven zu nähern. Der Überschneidung und Verschränkung der unterschiedlichen Kategorien, wie sie im Begriff der Intersektionalität zum Ausdruck kommen, wurde jedoch nur selten Rechnung getragen. Meist wurden sie eher additiv aneinandergesetzt – sei es im Rahmen eines einzelnen Referats oder durch entsprechende Kombination der Vortragenden in einem Panel. Nichtsdestotrotz wurde mit der Tagung jedoch ein erster Aufschlag gemacht, den in der AkG vertretenen unterschiedlichen Analyseperspektiven mehr Raum zu geben. Es ist zu hoffen, dass dieser Ball auf kommenden Tagungen wieder aufgenommen wird.

Unklar fällt auch eine politische Bewertung der Konferenz aus. Die Tatsache, dass sich im Verlauf der vier Konferenztage nicht nur der theoretischen Analyse der Vielfachkrise der EU angenommen, sondern auch die Frage nach linken Interventionsmöglichkeiten auf der europäischen Ebene gestellt wurde, signalisiert, dass Europa auch in linken (Forschungs-)Zusammenhängen endlich als wichtiges Feld der Auseinandersetzung erkannt wird. Breite Zustimmung fand das Votum, dass Europa nur zu „retten“ sei, wenn es von unten neu erfunden werden könnte. Festgestellt wurde aber auch, dass der institutionelle Zerfall Europas zu äußerst bedrohlichen Verwerfungen führen würde. Um dies zu verhindern, gelte es, die EU grundsätzlich zu verteidigen. Ambivalent blieb zudem die Bewertung des Spielraums linker Gegenbewegungen. So wurde zwar immer wieder betont, dass die Bindekraft des neoliberalen Projektes nachlasse und sich so neben Tendenzen hin zu einem autoritären Etatismus auch Einbruchstellen für linke Kritik auftäten. So wurde auch auf die Mas-

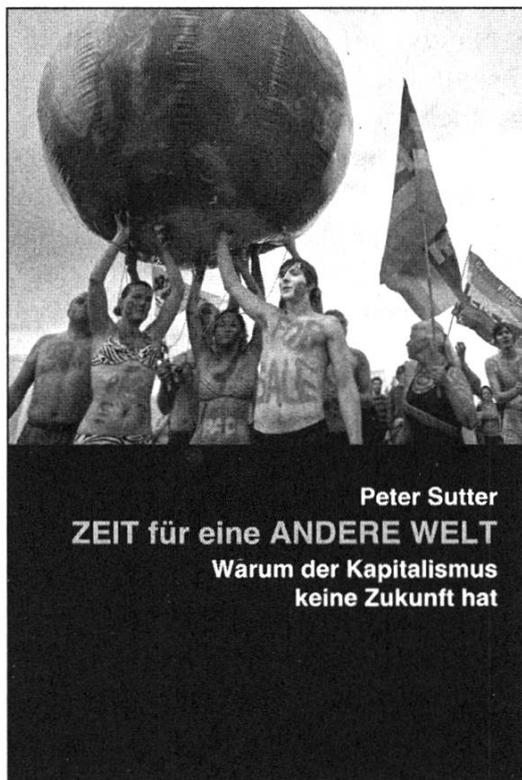
senproteste in Spanien und Griechenland sowie auf die Aufstände in Nordafrika positiv Bezug genommen.

José Manuel Romero von der Universität Alcalá bei Madrid berichtete von der neuen Bewegung der „Indignados“ in Spanien. Seiner Einschätzung nach läuft die Entwicklung in Spanien auf eine weitere Eskalation hinaus, sollte die postfranquistische Partido Popular die Wahlen im November 2011 gewinnen. Ähnliches wurde aus Griechenland berichtet, wo die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen durch die Radikalisierung neoliberaler Krisenlösungsstrategien zunehmen werden. Dennoch war die Einschätzung des gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses bzw. der Akteure, deren politische Strategien an den entstehenden Bruchstellen ansetzen könnten, von einem gewissen Pessimismus geprägt.

Zu groß scheinen die historischen Herausforderungen, zieht man die marginalisierte Lage der Linken in Europa in Betracht.

Einigkeit bestand hingegen darin, dass es für eine kritische Perspektive höchste Zeit ist, sich zu Europa zu positionieren. Die Konferenz hat einiges zum Verständnis der gegenwärtigen Krise und zu einer besseren Vernetzung kritischer EuropaforscherInnen beigetragen. Abzuwarten bleibt, ob es im Anschluss an die Tagung gelingen wird, die Diskussion fortzusetzen und die dringend benötigte Auseinandersetzung über die Zukunft Europas über die AkG hinaus zu führen.

Der Tagungsband „Zwischen autoritärem Etatismus und europäischem Frühling – Die EU in der Krise“ wird im Frühjahr 2012 im Dampfboot Verlag erscheinen.



„Was alle angeht,
können nur alle lösen.“

Friedrich Dürrenmatt

Peter Sutter

ZEIT für eine ANDERE WELT

Warum der Kapitalismus
keine Zukunft hat

Paperback, 280 Seiten
Books on Demand GmbH,
Norderstedt D
ISBN 978-3-8423-5998-7

Kapitalismus, Hegemoniekrise und neue Landnahme

Zu den fünften Braunschweiger Gramsci Tagen 2011

Nachdem die seit 2007 jährlich im örtlichen Gewerkschaftshaus stattfindenden Braunschweiger Gramsci Tage im letzten Jahr noch unter dem Einfluss der „großen Krise“ dem Zusammenhang von Krise und Widerstand gewidmet waren, trug das Thema des diesjährigen zweitägigen Treffens am 7. und 8. Oktober 2011 der anhaltenden *restaurativen* Krisenpolitik Rechnung: „Krise der Ökonomie – Krise der Hegemonie? Die Überlebenskunst des Kapitalismus“.

Was die französische Regulations- theorie an den Beispielen der dreißiger und siebziger Jahre des 20. Jahrhunderts als „große Krisen“ des Kapitalismus beschrieb, hat sich seit dem Kollaps von *Lehman Brothers* partout nicht abgezeichnet: ein Krisenausgang, der einen Bruch sowohl im vorherrschenden Modus der Kapitalakkumulation als auch in der sozialen und politischen Regulationsweise einleitet. Stattdessen forcierte in der EU die Troika-Politik der „Rettungsschirme“ eine Umverteilung von unten nach oben und zementierte somit ein ökonomisches Entwicklungsmodell, das die Finanzblasen erneut speiste und exportorientiertes Wachstum festschrieb.

Schon Antonio Gramsci notierte in seinen Gefängnisheften für die Krise der 1930er Jahre, es sei ausgeschlossen, „dass Wirtschaftskrisen aus sich heraus fundamentale Ereignisse hervorbringen“. Aber sie verändern die Terrains, auf denen gesellschaftliche Krisenlösungen erkämpft werden (H. 13, §17, 1563). Das bestätigte sich im jüngsten Krisenprozess: Grundlegende Modi des Entwicklungsmodells blieben trotz eingeleiteter ökologischer Modernisierung ungebrochen; das neoliberale

Stabilitäts- und Restriktionsdiktat wird im Management der Euro-Krise sogar rigider exekutiert. Dennoch sind einige Dogmen der Wirtschaftsregulation in der Krisenpolitik gefallen (Verstaatlichungen, Rolle der EZB usw.), wengleich sich der herrschende Block des Finanzkapitalismus neu organisiert.

Es war daher naheliegend, dass auf der Tagung die Frage der Hegemonie in den Mittelpunkt gestellt wurde. Das Konzept der Hegemonie hat Gramsci vor seiner Inhaftierung 1926 vor allem noch als Bündnisstrategie der revolutionären Arbeiterklasse begriffen. In Mussolinis Kerker feilte er es zu einem scharfen analytischen Werkzeug aus, womit das Faktum besser verstanden werden konnte, dass auch der krisengeschüttelte Kapitalismus der 1930er Jahre noch über genügend „Stabilitätsreserven“ verfügte, eine revolutionäre Arbeiterbewegung niederzuhalten und sich selbst – in neuen Formen – entweder durch den Rooseveltischen *New Deal* oder den europäischen Faschismus zu reproduzieren. Diese „Überlebenskunst“ des Kapitalismus, also seine Selbsterhaltungsmechanismen und Krisenüberwindungsstrategien, sind in der Tat auch heute erklärungsbedürftig.

In der Tradition der Braunschweiger Gramsci Tage wurden Vorträge durch Vertiefungsseminare ergänzt, die dieses Jahr von Sabine Kebir, Orhan Sat und Stefan Schmalz geleitet wurden. Vorträge und Seminare sollen einen praktischen „Gebrauchswert Gramscis für die Analyse und Kritik“ deutlich machen. Auch die kulturellen Darbietungen – in diesem Jahr die Rezitation von Texten aus Eduardo Galeanos *Er-*

innerung an das Feuer durch Brigitte Jesiek und „politische Lieder“ von Roland Scull – werden als Momente einer alternativen Aneignung von Geschichte und gesellschaftlicher Wirklichkeit verstanden.

Die fünften Braunschweiger Gramsci Tage, wie immer von der „Braunschweiger Initiative für eine andere Politik“ (BIAP) akribisch vorbereitet, von der *Rosa Luxemburg Stiftung Niedersachsen* und dem *Deutschen Gewerkschaftsbund SüdOstNiedersachsen* finanziell unterstützt, wurden mit dem Vortrag von Wolfgang Fritz Haug eingeleitet. Er führte zunächst – in Abgrenzung zu verbreiteten und irrigen Vorstellungen, Hegemonie bezeichne lediglich einen gesellschaftlichen Konsens – in das gramscianische Hegemoniekonzept ein. Ausgehend von zentralen Überlegungen Gramscis, dass die Hegemonie des bürgerlichen Staates zum einen „gepanzert mit Zwang“ ist (H. 6, §88, 783) und zum anderen „Opfer korporativ ökonomischer Art“ der herrschenden Klassen verlangt, die erst gesellschaftliche Kompromisse und „freiwillige Zustimmung“ ermöglichen (H. 13, §18, 1567), entwarf Haug am Beispiel der USA ein Szenario hegemonialer Konstellationen von den Umbrüchen der Weltordnung 1989 bis in die „große Krise“ von 2007/08.

Seine These: Mit dem Zusammenbruch des Finanzmarktes widerfuhr dem „Hightech-Kapitalismus“ seine erste „große Krise“, ähnlich wie dem Fordismus in den 1930er Jahren. In der Folge entfalte sich eine „lange und schwere Hegemoniekrise“, nicht nur in den USA, sondern auch in Europa, die beide seither in ihren Regierungspolitiken zunehmend handlungsunfähiger werden. „Opfer“ gegenüber den Subalternen werden weniger gemacht – „Herrschaft ohne Hegemonie“. Noch sei keine adäquate Form „struktureller

Hegemonie“ gefunden, die sich den veränderten Strukturen und Kräftekonstellationen des transnationalen Hightech-Kapitalismus „anpasst“. Am Beispiel der Administration Obama zeigte Haug, wie der sich vor dem Regierungsantritt abzeichnende „aktivierende Modus der Hegemonie“ nicht genutzt und auf Dauer gestellt werden konnte. Im Machtapparat habe er sich von dem von ihm „Aktivierten“ getrennt – es bleibe „passive Hegemonie“.

Klaus Dörre ging von der seit einigen Jahren anhaltenden Renaissance der Kapitalismuskritik aus, die auch der Soziologie zugutekomme. Wenn aber unter anderen selbst der neoliberale Ökonom Hans Werner Sinn das Geschäft einer „Kapitalismuskritik“ betreibe, dann spätestens sei es Zeit, dass linke Kapitalismuskritik ganz besonders präzise fundiert und weiterentwickelt werde. Dörre thematisierte den Zusammenhang von Finanzialisierung des Kapitalismus und Prekarisierung der Lohnarbeit als Kern der Dynamisierung des Kapitalismus. Dabei seien die krisenvermittelten Restrukturierungsprozesse der entwickelten Kapitalismen als Prozesse von „Landnahmen“ zu verstehen.

Dörre zeichnete ein vielschichtiges Bild kapitalistischer Landnahmen, die daraus entstünden, dass sich der Kapitalismus „nicht aus sich selbst heraus“ reproduzieren könne, sondern immer wieder neue „nicht-kapitalistische Milieus“ (Rosa Luxemburg) hervorbringe, die er – in den Zwängen erweiterter Reproduktion – okkupieren müsse (vgl. dazu auch seinen Beitrag in Heft 57). Diese „Innen-Außen-Dialektik“ habe in der finanzkapitalistischen Landnahme seit der Krise der 1970er Jahre spezifische Formen der „primären Ausbeutung“ (durch formationsbestimmten, kollektivvertraglich regulierten „Äquivalententausch“) mit

neuen Formen der „sekundären Ausbeutung“ überlagert. In sogenannten Shareholder-Value-Steuerungen werden Planungsziele des Kapitals vorgegeben, die in der Wertschöpfungskette durch Out-Sourcing, Ausweitung der Leiharbeit, Scheinselbständigkeit usw. durchgestellt werden. Es entstehe, so Dörre, „eine Ökonomie, die die wirtschaftlichen Einheiten permanent mit Ansprüchen konfrontiert, die die Unternehmen selbst gar nicht realisieren können“.

In diesem Befund sieht Dörre zugleich den Kern seiner Krisendiagnostik. „Die Mittel, die im Kapitalismus angewendet werden, um Krisenprozesse zumindest zeitweise zu überwinden (Landnahme und neues Wachstum, BR), führen in der gegenwärtigen Konstellation einer ökonomisch-ökologischen Doppelkrise unweigerlich dazu, dass sich die ökologische Krise dramatisch verschärft“. Zudem zeigten sich „soziale Grenzen“ dieser Politik. Entscheidend sei aber, dass durch die Prekarisierung des Lohnarbeitsverhältnisses ein „disziplinierender Druck“ auf alle Beschäftigungsverhältnisse ausgeht, der sich auch restriktiv auf die Erarbeitung von Alternativen in der Krise auswirkt. Widerstandsfähigkeit müsse durch neuartige Verknüpfungen von ökologischer und sozialer Frage in einer grundlegenden Re-Demokratisierung der Gesellschaften neu erzeugt werden.

Am zweiten Tag griff der Berichterstatter das „Landnahmetheorem“ auf und verortete es in der Geschichte der Krisen- und Erneuerungsgeschichte des Kapitalismus. Die jeweiligen „Handlungskorridore der Krisenlösung“ seien jedoch historisch sehr unterschiedlich einzuschätzen. In der Geschichte der Krisenbewältigung ließen sich zwar Landnahmen immer wieder nachzeichnen. Und die Erwei-

terung des Landnahmebegriffs durch Dörre – Landnahme bezeichne nicht nur die durch Privatisierung ermöglichte Inwertsetzung ökonomischer Sektoren, sondern auch die Disziplinierung und Formatierung kapitalistischer Regulation – erhalte dadurch ihre Plausibilität.

Als *Theorie* kapitalistischer Reproduktion aber müsse, so die zentrale These, das Landnahmekonzept den Krisenprozess, also die aus den jeweiligen historisch-konkreten objektiven Strukturen der Kapitalreproduktion *und* den Kämpfen sich einstellende Krisenregulation, stärker berücksichtigen. Hier weise das Landnahmetheorem eine Blindstelle auf, weil die unterstellte Grenzenlosigkeit der Landnahme diese spezifischen „Handlungskorridore“ nicht in den Blick bekäme. Gramscis Konzept der „passiven Revolution“ – das heisst der krisenbedingten „molekularen Veränderungen“, die die „vorherige Zusammensetzung der Kräfte zunehmend verändern und folglich zur Matrix neuer Veränderungen werden“ (H. 15, §11, 1727f.) – könne hier eher einen heuristischen Rahmen auch für die Analyse der aktuellen Krisenpolitik (und der Blockierung von Alternativen) erschliessen.

Im Anschluss daran fragte David Salomon nach der Stabilität der neoliberalen Ideologie. In seiner Rekonstruktion des Marxschen Ideologiebegriffs, sowohl als Verkehrung gesellschaftlicher Verhältnisse gleich einer „camera obscura“ in der *Deutschen Ideologie* als auch als Denkform, worin sich die Menschen der gesellschaftlichen Konflikte „bewusst werden“ und sie „ausfechten“ (K. Marx), konzentrierte sich Salomon auf die Funktion und Geschichtswirksamkeit von Ideologie, die er auch für ein zentrales Erkenntnisinteresse von Gramsci hält. Als „Zement“

einer Gesellschaft konstituierende Ideologie „Handlungsimperative“.

Die neoliberale Ideologie konnte nur hegemonial werden, weil sie keinen monolithischen Block bezeichne, sondern eine „Weltanschauung“ sei, in der verschiedene liberale Strömungen Platz fänden. Über Diskurse der Flexibilisierung oder der Entstaatlichung gelang es ihr, sukzessive einen „aktiven Konsens“ in der „formierten Gesellschaft“ der Nachkriegsordnung zu organisieren. Mit der „großen Krise“ des Kapitalismus sei die neoliberale Ideologie zwar in eine Akzeptanzkrise geraten, der einst aktive Konsens weiche einem passiven: einer Resignation der Menschen vor der Macht des Faktischen, das alternativlos erscheint. Aber ohne Gegenhegemonie, die historische Alternativen sichtbar zu machen imstande ist, bleibe auch eine erschütterte neoliberale Ideologie machtfähig – und eröffne Handlungskorridore für radikalisierte Varianten von Ungleichheitsideologien (Tea Party, Sarrazin).

Die Braunschweiger Gramsci Tage haben zurecht Fragen nach der Hegemonie, der Hegemoniekrise und den Bedingungen von Gegenhegemonie in der „großen Krise“ gestellt, wenn auch vieles unbeantwortet bleiben musste. Auffallend in den Debatten war, dass sich die Referenten eher von dem gramscianischen „Pessimismus des Verstandes“ leiten ließen, die Diskutierenden jedoch immer wieder den „Optimismus des Willens“ artikulierten. Dieser wird angesichts des vom Finanzkapital diktierten Krisenmanagements von verbreitetem Unbehagen und von realen Bewegungen des Protests getragen. Kontroverse Debatten allerdings, die zugleich deutlich machten, wie politisch-strategische Perspektiven mit Gramsci immer wieder neu zu denken sind.

Opratko, Benjamin / Prausmüller, Oliver (Hg.), 2011: Gramsci global. Neogramscianische Perspektiven in der Internationalen Politischen Ökonomie. Hamburg

WIDE-Arbeitsgruppe Arbeit & Gender / Lilian Fankhauser

GENDER MACHT ARBEIT: Zur Prekarisierung der Arbeits- und Lebensverhältnisse aus Sicht der Care-Ökonomie

„Mainstream economics, with its single central story of competitive production and exchange in markets, is too simple a theory to provide an adequate explanation of the economy, especially as it affects, and is affected by, women’s caring work.“¹

An einer Tagung im Mai 2012 wird WIDE Switzerland die Relevanz von Geschlechterverhältnissen in der Verrichtung, Verteilung, Organisation und Bewertung von Arbeit zur Diskussion

stellen. Im Blickpunkt stehen sowohl die Schweiz und andere westliche Länder als auch Entwicklungs- und Schwellenländer. Der Druck auf Care-Arbeit², sei es bezahlt als personenbezogene Dienstleistungen oder unbezahlt zu Hause oder für Angehörige, NachbarInnen oder Freunde, hat durch die jüngsten Finanz- und Wirtschaftskrisen, durch Kürzungen von öffentlichen Geldern oder den Umbau im

Gesundheitswesen zugenommen. Prekäre Lebensverhältnisse expandieren – in den Ländern des Südens und auch in der Schweiz.

Was sind die Ursachen dieser prekären Verhältnisse in den privaten Haushalten und in den verschiedenen Sektoren der Arbeit? Welche Gründe gibt es für die zunehmende Informalisierung und Verschiebung bestimmter Tätigkeiten in den Haushalten? Wie können das Nebeneinander von bezahlter und unbezahlter Care-Arbeit sowie die Formen ihrer Kontrolle und Ausbeutung in den unterschiedlichsten gesellschaftlichen Zusammenhängen analysiert werden? Wie unterscheidet sich diese Art der Arbeit von anderen Tätigkeiten, beispielsweise von in der Güterproduktion geleisteter Arbeit oder von nicht-personenbezogenen Dienstleistungen? Und schliesslich, wie auch die Ökonomin Mascha Madörin hervorhebt: Welche Rolle spielt die unbezahlte und bezahlte Care-Arbeit für das Wohlergehen und den Lebensstandard der Menschen?³ Diese Fragen bestimmen den Problemkatalog der Tagung **GENER MACHT ARBEIT**.

Die ungleiche Verteilung der Care-Arbeit in den Haushalten, der Druck auf die personenbezogenen Dienstleistungen im Gesundheitssektor, in der Betreuung der Kinder und Alten, die Arbeitsmigration und schliesslich die Verteilungsfragen und Investitions- und Subventionspolitiken öffentlicher Finanzen sind aktuelle gesellschaftliche Bruchstellen, die an der Tagung diskutiert werden. Denn nach wie vor sind „Dienen und Versorgen“, so Geneviève Fraisse, weiblich konnotiert, mit entsprechenden Implikationen auf die Machtverhältnisse – zwischen den Geschlechtern, aber auch zwischen den Schichten und zwischen den Regionen: „Wie lässt sich heute eine soziale Ordnung schaffen, die der längeren Le-

benserwartung und dem Bedarf an Kinderbetreuung Rechnung trägt und zugleich die jahrhundertalte Unterordnung aufhebt?“⁴

Zeit und Geld: Prekarisierung der Arbeits- und Lebensverhältnisse

Armut und Vulnerabilität, Prekarität oder Prekarisierung sind einige der Leitbegriffe in der gegenwärtigen politischen Diskussion. Vergessen geht dabei, dass die Prekarisierung der Arbeits- und Lebensverhältnisse nicht nur durch das Einkommen eines Haushaltes, sondern auch durch die Organisation und den Aufwand der unbezahlten Arbeit bestimmt wird. Eine zentrale Rolle spielt dabei der Faktor Zeit. Die Analyse von Prekarisierung muss die Frage, welche Arbeiten die Haushalte (zunehmend) belasten und wer die unbezahlte Arbeit verrichtet, mit einbeziehen, um neue Segregationen zwischen den Geschlechtern und den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen in den Blick zu bekommen.

Staatliche Budgetkürzungen bei den sozialen Dienstleistungen und im Gesundheitssektor führen zu deutlichen Mehrbelastungen für die privaten Haushalte, sei es in der unbezahlten Sorgearbeit und/oder im Zwang, mehr Geld verdienen zu müssen. Dazu gehört auch die Betreuung von Kranken und älteren Menschen, die zunehmend auf die Haushalte abgewälzt wird (frühe Spitalentlassungen, Kosten von Pflegeheimen für Private, Privatisierung der Basisversorgung, und Qualitätseinbußen bei den öffentlichen Angeboten etc.). Zudem sehen sich immer mehr Haushalte aus finanziellen Gründen gezwungen, mehr Arbeitszeit für oftmals schlecht bezahlte Jobs aufzuwenden. Beide Entwicklungen führen zu einer Prekarisierung der Zeit- und Finanzbudgets. Den Haushalten steht so

immer weniger Zeit für die Betreuung ihrer Kinder oder pflegebedürftiger Angehöriger zur Verfügung. Als Folge wird im Norden auf die Angebote einer wachsenden „Home Care“ Industrie zurückgegriffen, in der vorwiegend Migrantinnen zu schlechten Bedingungen arbeiten. Im Süden greifen viele Familien für die Betreuung von kleinen Kindern oder pflegebedürftigen Erwachsenen auf ältere Kinder (hauptsächlich Töchter) oder Grosseltern zurück, die Familiennetze werden ausgebaut – zumeist sind es Frauen, die sich gegenseitig unterstützen.

Der Druck auf die privaten Haushalte hat sich durch die jüngsten globalen Finanz- und Wirtschaftskrisen weiter verstärkt. Besonders betroffen sind Frauen, denn Care-Arbeit wird überwiegend von Frauen in privaten Haushalten geleistet oder, falls die finanziellen Mittel aufgebracht werden können, teuer eingekauft. Dies belastet Haushalte mit prekärem Einkommen in besonderer Weise und verschärft ihre finanzielle und soziale Unsicherheit. An der WIDE-Tagung wollen wir diese Prekarisierung im ganzen Lebenszusammenhang und unter Berücksichtigung der Care Economy analysieren, verstehen und nach politischen Lösungen und Alternativen suchen. Uns interessiert auch, wie unterschiedlich Haushalte darauf reagieren, insbesondere im Vergleich von Industrieländern und Ländern des Südens.

Umbau des Gesundheitswesens

Personenbezogene Dienstleistungen sind einem zunehmenden ökonomischen Druck ausgesetzt. Dieser zeigt sich, wenn wir den Blick auf die Schweiz werfen, am deutlichsten im Gesundheitswesen, wo ab Januar 2012 eine neue Spitalfinanzierung und die damit verbundene Einführung von

Fallpauschalen gelten. Die „McDonaldisierung des Gesundheitswesens“⁵, wie Mascha Madörin den Umbau beschreibt, will Kosten durch die Reorganisation der Spitäler und ambulanten Medizin mittels industrieller Standardisierung und Taylorisierung senken. Die WIDE-Tagung fokussiert auf die Auswirkungen dieser Ökonomisierung auf die Pflege: Wie beeinflusst die Ökonomisierung des Gesundheitswesens das Wohlbefinden von Pflegenden und PatientInnen? Was bedeutet sie für die Arbeits- und Lohnbedingungen im Pflegebereich?

Diese Fragen sind deshalb so zentral, weil bei der Erfassung der Fallpauschalen nicht nur jede „Krankheit“ als „Fall“ mit entsprechendem Kostendach, sondern auch der maximale Zeitaufwand für die damit in Zusammenhang stehenden Care-Arbeiten bestimmt wird. Nicht reflektiert wird dabei, dass sich die Pflege von kranken und/oder hilfsbedürftigen Personen wesentlich von der Arbeit in der Industrie oder von derjenigen in den Banken unterscheidet. Der Rationalisierungsdruck im Gesundheitswesen hat unmittelbare Auswirkungen auf die Qualität der Pflege und auf die Arbeitsbedingungen der Pflegenden. Neben der Analyse der Bedeutung der anstehenden Veränderungen sucht die WIDE-Tagung auch nach Perspektiven einer guten Pflege für alle.

Globalisierung von Care-Arbeit und Zugang zu Wohlfahrt

Verschiedene nationalstaatliche/multilaterale sowie lokale/globale zivilgesellschaftliche Initiativen zielen darauf ab, soziale und wirtschaftliche Risiken von Arbeit und von Erwerbsverlust im Kontext globalisierter Arbeitsmärkte zu thematisieren. Denn auf diesen Arbeitsmärkten wird laufend Ausschluss

praktiziert. So bestimmen beispielsweise die multilateralen Regelungen im europäischen Raum und in der EU über den Zugang zu Altersguthaben in Abhängigkeit von nationalstaatlichen Interessen der Migrationssteuerung und der Handelsbeziehungen.

Die Debatte über Global-Citizenship-Konzepte konzentriert sich bis anhin auf die Schaffung von Möglichkeiten der gesellschaftlichen Teilhabe nicht eingebürgerter Menschen. Dabei bleiben Fragen nach wirtschaftlicher und wirtschaftspolitischer Partizipation und ihren Teilnahmebedingungen weitgehend unberücksichtigt. Auch die Kampagnen für die Regularisierung von Sans-Papiers zielen auf die Verbesserung des Status von MigrantInnen in nationalstaatlichen Kontexten ab und erfassen damit weder die Forderungen temporär oder zirkulär migrierender Arbeitskräfte, noch berücksichtigen sie, dass Sans-Papiers den Zugang zu elementaren Care-Leistungen und Care-Rechten (Gesundheit, soziale Sicherheit) benötigen.

Ein Ziel der WIDE-Tagung ist es, aus dem Migrationssteuerungsdiskurs, seinen Gegenreden und seinem Rechtfertigungsdruck auf MigrantInnen auszubrechen und Fragen zu stellen, die sich an den Praktiken und Biografien, den Rechten und Ansprüchen wandernder Arbeitskräfte orientieren, die einem System des auf Geschlechtersegregation bauenden globalen Arbeitsmarktes ausgesetzt sind. In der Debatte um Wohlfahrt und soziale Sicherung der wandernden Erwerbstätigen nehmen wir Care-Arbeit zum Ausgangspunkt und fragen nach Lösungsperspektiven. Wir suchen nach Möglichkeiten für einen Zugang zu elementaren Leistungen und Rechten für die arbeitenden MigrantInnen und diskutieren die Zuständigkeiten der verschiedenen involvierten Akteure.

Öffentliche Finanzen und Care-Ökonomie

Zwischen der neoliberal gesteuerten Politik und den feministischen Erwartungen an eine geschlechtergerechte Politik besteht ein grosser Widerspruch.⁶ Dieser erschwert nachhaltige Veränderungen der Geschlechterverhältnisse, dies wird sowohl in der Entwicklungspolitik wie in der staatlichen Subventions- und Investitionspolitik in den westlichen Ländern deutlich. Der Rückzug der Staaten und der Abbau von staatlichen Dienstleistungen in sogenannten unrentablen und zeitintensiven Bereichen, wie z.B. in der Gesundheitsversorgung und der Kinderbetreuung zugunsten einer Standort- und Weltmarktpolitik, haben Auswirkungen auf die Kaufkraft und den Lebensstandard und damit auch auf die Geschlechterverhältnisse und die Verteilung der unbezahlten Arbeit.

Bereits vor Jahren hat eine südafrikanische Parlamentarierin vorgeschlagen, das Finanzministerium im Sinne des Gender-Budgeting in das Finanz- und Zeitministerium umzubenennen. Diesen Faden nehmen wir auf, um über die traditionelle Finanzpolitik hinaus, Fragen der Care-Ökonomie neu zu stellen und sie als Teil der staatlichen Budgetdebatten⁷ und der öffentlichen Subventionspolitik zu verstehen. Als Ausgangspunkt dient auch die entwicklungspolitische Debatte zur wirtschaftlichen Ermächtigung und Partizipation der Frauen, wenn sie als Produzentinnen dem Markt zuwirtschaften.⁸

Die von WIDE Switzerland organisierte Tagung fokussiert auf diese vier gesellschaftlich brisanten Bruchstellen und stellt die Frage, wie eine Gesellschaft organisiert sein muss, damit die notwendige Care-Arbeit für alle Beteiligten „gut“ gemacht werden kann. „Gut“ im Sinne von Qualität – aber auch

im Sinne von Verteilung, von Gerechtigkeit und der Aufhebung bestehender ungleicher Machtverhältnisse.

Die WIDE-Tagung GENDER MACHT ARBEIT wird organisiert von Women in Development Europe WIDE Switzerland und entsteht in Kooperation mit: Zentrum für Geschlechterforschung IZFG der Universität Bern, cfd

– die feministische Friedensorganisation, Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit DEZA – Gender focal point, Alliance Sud, Gewerkschaft Unia, Schweizerischer Evangelischer Kirchenbund SEK, Swissaid und weiteren NGOs. Programm und Anmeldung ab Februar 2012 unter www.wide-network.ch.

Anmerkungen

- 1 Donath, S., 2000: The other economy: A suggestion for a distinctively feminist economics. In: Feminist Economics, Nr. 6, S. 116.
- 2 Care-Arbeit meint unbezahlte Arbeit in den Haushalten (Haus- und Familienarbeit sowie die Betreuung von Kindern und erwachsenen Pflegebedürftigen), aber auch bezahlte Arbeit im Bereich der personenbezogenen Dienstleistungen vor allem im Gesundheits-, Sozial- und Bildungswesen.
- 3 Madörin, M., 2010: Care Ökonomie – eine Herausforderung für die Wirtschaftswissenschaften. In: Christine Bauhardt & Gülay Çaglar (Hrsg.): Gender and Economics, Wiesbaden, S. 81-104.
- 4 Fraise, G.: Dienen und Versorgen, Le Monde diplomatique, September 2011, S. 23.
- 5 Madörin, M.: WoZ vom 27.11.2008
- 6 Vgl. Fraser, N.: Frauen, denkt ökonomisch! In: taz 7633, 7. April 2005.
- 7 Vgl. auch die Beiträge von M. Madörin, A. Sancar und E. Klatzer in Widerspruch-Heft 58 „Steuergerechtigkeit – umverteilen!“, Zürich 2010.
- 8 Vgl. S. Bieri, L. Fankhauser, A. Sancar, N. Stolz, 2011: Mehr. Wert. Beiträge zur geschlechtergerechten wirtschaftlichen Entwicklung. Bern

Nicholas Shaxson: Schatzinseln. Wie Steueroasen die Demokratie untergraben. Rotpunktverlag, Zürich, 2011 (416 S., Fr. 36.–)

Steuerflucht, Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung, Gewinnverschiebungen zwischen multinationalen Konzernen und ihren Tochtergesellschaften, Korruptionsverschleierung, Flucht vor neuen Finanzmarktregulierungen: Die Liste der illegalen Aktivitäten und halblegalen Missbräuche, denen das globale Schattenfinanzsystem Vorschub leistet, ist lang. Steueroasen und undurchsichtige Offshore-

Finanzplätze stehen im Zentrum dieses Systems. Dass ihnen die internationale Gemeinschaft den Kampf erklärt hat, überrascht darum nur wenig.

Hingegen befremdet, wie sich die OECD und ihr Global Forum on Transparency in jüngster Zeit gerne damit brüsten, diesen Kampf schon fast gewonnen zu haben. Man habe bekannte Steueroasen, darunter auch die Schweiz, zu schmerzhaften Konzessionen gezwungen und massgebliche Fortschritte in Richtung internationale Steuergerechtigkeit erreicht. Der Generalsekretär der OECD sprach bereits von einer eigentlichen „Revolution“,

der Chef ihrer Steuerabteilung immerhin von „einer neuen Welt mit grösserer Transparenz und Zusammenarbeit.“

Nicholas Shaxsons Buch „Schatzinseln“ widerlegt dieses optimistische Fazit. Und das Wichtigste vorweg: Das Buch gehört zum Lesenswertesten, was je über Steueroasen, Offshore-Finanzplätze und die Welt der Schattenfinanzen geschrieben worden ist. Shaxson analysiert darin anschaulich und packend die Entstehung, Verbreitung und die gesellschaftlichen Auswirkungen eines Systems, das er eindrücklich als gigantisches Treibhaus für die grenzüberschreitende Steuerflucht und illegale Geldtransfers beschreibt. Auch zeigt der Wirtschaftsjournalist und Berater des internationalen Tax Justice Network, weshalb das strikte Bankgeheimnis, das den Finanzplatz Schweiz und andere europäische Steueroasen charakterisiert, nur einen Teil des Problems ausmacht.

Trusts und Tarnfirmen mit unbekanntem Inhabern, wie sie sich in verschiedenen amerikanischen Bundesstaaten und über die City of London einfach und rasch errichten lassen, erfüllen Shaxson zufolge eine ähnliche Funktion. Auch sie helfen ausländischen Steuerhinterziehern, korrupten Diktatoren und multinationalen Unternehmen, ihre Finanzen zu verschleiern. Sie können sogar „Formen der Geheimhaltung kreieren, die noch schwieriger zu durchdringen sind als die Diskretion der Schweizer Bankiers.“ (S. 59) Trotzdem hat sich die OECD in ihrer Transparenzoffensive bisher fast ausschliesslich auf Staaten mit striktem Bankgeheimnis konzentriert, die USA und Grossbritannien aber mit Samthandschuhen behandelt.

Shaxson hält einleitend fest, dass er einen deutlich erweiterten Begriff der Steueroasen vertritt als die OECD. Gemeint sind nicht nur Gebietskörper-

schaften mit tiefen Steuern und ausgeprägtem Bankgeheimnis, sondern es geht dem Autor um alle rund sechzig Finanzzentren der Welt, die „Personen oder Firmen dabei ... helfen, sich den Regeln, Gesetzen und Regulierungen anderer Gebietskörperschaften zu entziehen.“ (S. 18) Sie werden wahlweise auch als „Verdunkelungsoasen“ oder „Schattenfinanzplätze“ bezeichnet und lassen sich in verschiedene Gruppen einteilen. Dazu gehören neben den europäischen Steueroasen vor allem auch das Netzwerk der britischen Kanalinseln und Überseeterritorien mit dem Zentrum City of London.

Hinzukommen eine Gruppe von Schattenfinanzzentren mit dem Mittelpunkt Vereinigte Staaten sowie eine Reihe von nicht eindeutig klassifizierbaren „Kuriositäten“ wie Somalia und Uruguay. Das Offshore-Netzwerk, das sich um die City of London gruppiert und rund die Hälfte aller Verdunkelungsoasen weltweit umfasst, ist für Shaxson indes das bedeutendste. Ihm sind denn auch mehrere der ersten Kapitel gewidmet. Darin werden mit historischem Fallmaterial und aktuellen Beispielen die Entstehung dieses Netzwerks aufgezeigt und zahlreiche mögliche Missbräuche anonymer angelsächsischer Trusts erläutert.

Das Kapitel zur Schweiz räumt zunächst mit dem beliebten Mythos auf, das Bankgeheimnis sei zum Schutz politisch Verfolgter im Zweiten Weltkrieg entstanden. Ihm stellt Shaxson eine detaillierte Aufarbeitung des bemerkenswert schäbigen Umgangs der Schweizer Banken mit nachrichtenlosen jüdischen Vermögen gegenüber sowie eine Kritik am Abgeltungssteuervorschlag, mit dem die Schweiz ein geeintes Vorgehen der Europäischen Union in Richtung automatischer Informationsaustausch zu hintertreiben versucht. Die wesentlichsten Lü-

cken der aktuellen Schweizer Weissgeldstrategie bleiben hingegen seltsam unterbelichtet. Etwa fehlt der wichtige Hinweis, dass die Entwicklungsländer von dieser Strategie ausgeschlossen geblieben sind.

Tatsächlich haben Länder mit tiefem Einkommen von der Schweiz bisher weder ein Zinsbesteuerungsabkommen erhalten, wie es mit der EU seit längerem besteht, noch sind sie in den Genuss von Doppelbesteuerungsabkommen gekommen, die in Sachen Steueramthilfe dem OECD-Standard entsprechen. Unerwähnt bleibt auch, dass bedeutende Teile des Parlaments das Geschäft mit ausländischen Steuerfluchtgeldern ausgerechnet durch die Einführung angelsächsischer Trusts wieder stärken wollen und dazu bereits verschiedene Motionen eingereicht haben. Einer politisch interessierten Schweizer Leserschaft dürfte dieses Kapitel insgesamt nur wenig neue Einsichten vermitteln.

Umso erheller sind dafür Shaxsons Ausführungen zu den Folgen des globalen Schattenfinanzsystems für das internationale Entwicklungsgefälle und zu seiner Rolle in der aktuellen Finanzkrise. Steueroasen setzen, so Shaxson, einerseits die möglichen positiven Folgen offener Märkte, andererseits auch die Wirkung nützlicher staatlicher Regulierungen ausser Kraft. Während funktionierende Märkte in der Theorie gut informierte Teilnehmer voraussetzen, behindern geheimniskrämerische Offshore-Finanzplätze den freien Informationsfluss. Sie verunmöglichen es Investoren damit, sinnvolle Entscheidungen zu treffen.

Unternehmen hingegen erhalten Anreize, zum Zweck der Steueroptimierung hochkomplexe und undurchsichtige Finanzkonstrukte zu schaffen, die sich über mehrere Verdunkelungsoasen erstrecken. Leidtragende sind

nicht zuletzt die Entwicklungsländer. Sie versuchen, die Investitionen ausländischer Konzerne anzuziehen, müssen dann aber tatenlos zusehen, wie diese ihre Gewinne über buchhalterische Tricks unversteuert wieder ausser Landes schaffen. Gleichzeitig behindert die Komplexität der Finanzkonstrukte der Unternehmen eine effektive Regulierung auch in den Industrieländern und verschleiert, wo mögliche Risiken verborgen liegen.

Insgesamt könnte Shaxsons Buch kaum aktueller sein. So hat die G 20 an ihrem jüngsten Gipfeltreffen in Cannes der OECD ausdrücklich den Auftrag erteilt, deutlicher als bisher auch gegen Staaten vorzugehen, die anonyme Trusts und undurchsichtige Unternehmenskonstruktionen zulassen. Ebenfalls an die Adresse der OECD ging die Aufforderung, ihre Vorkehrungen gegen die missbräuchlichen Gewinntransfers und Steuervermeidungspraktiken multinationaler Unternehmen zu verstärken. Zudem wies die G 20 erstmals ausdrücklich auf den negativen Zusammenhang zwischen der internationalen Steuerflucht und den Entwicklungsperspektiven ärmerer Länder hin. Inwiefern die neue internationale Agenda tatsächlich umgesetzt wird, ist allerdings fraglich. Schliesslich zeigt Shaxson, dass es dabei sowohl um vitale Interessen der weltpolitischen Schwergewichte USA und Grossbritannien als auch um die Profitmöglichkeiten multinationaler Konzerne geht.

Wer verstehen will, wie viel auf dem Spiel steht und wo die internationale Offensive gegen Steueroasen weiterhin blinde Flecken aufweist, wird Shaxsons Buch mit grossem Gewinn lesen. „Schatzinseln“ setzt politisches Interesse, aber keine spezialisierten Fachkenntnisse voraus. Auf seiner Website (<http://treasureislands.org>) betont der

Autor, dass er sich keinesfalls nur an ein technisch versiertes Fachpublikum richten will, sondern hauptsächlich an die „Millionen von Menschen, die das mulmige Gefühl haben, dass in der Weltwirtschaft etwas schief läuft, ohne genau mit dem Finger auf das eigentliche Problem zeigen können.“ Er untermauert seine zentralen Thesen deshalb nicht nur mit statistischen Fakten und wissenschaftlich fundierten Schätzungen, sondern wartet vor allem mit reichhaltigem wirtschaftshistorischem Fallmaterial, Erzählungen von Insidern und illustrativen Anekdoten auf.

Erklärung von Bern (Hg.): Rohstoff. Das gefährlichste Geschäft der Schweiz. Salis Verlag, Zürich 2011 (434 S., Fr. 34.80)

Kaum ein Geschäft hat sich in den letzten Jahren so stark entwickelt, wirft so hohe Erträge ab und hat weltweit so grosse Auswirkungen auf die Menschen und die Umwelt wie der Abbau und Handel mit Rohstoffen. Obwohl die Schweiz selber fast keine Rohstoffe besitzt, ist sie einer der wichtigsten Handelsplätze für Rohstoffe weltweit. Das Geschäft boomt: Allein zwischen 1998 und 2011 haben sich die Einnahmen verfünffach; unter den zwölf umsatzstärksten Firmen der Schweiz befinden sich sieben Rohstofffirmen. Diese Tatsachen sind in der Öffentlichkeit kaum bekannt.

Mit ihrem im September erschienenen Rohstoffbuch nimmt sich nun die Erklärung von Bern (EvB) des Themas Rohstoffhandel an. Welche Bedeutung haben Rohstoffe für die Weltwirtschaft? In welchen Dimensionen spielt sich der weltweite Rohstoffhandel ab? Der Überblick über verschiedene Roh-

Das Buch besticht denn auch weniger durch konzeptionelle Systematik und technische Erläuterungen, wie sie ein Fachpublikum vielleicht erwarten würde, sondern durch seine anschauliche und eindringliche Darstellung der Schattenfinanzwelt als Gesamtphänomen. Wer nach der Lektüre noch mehr juristische Details über die Geheimhaltungsregeln einzelner Steueroasen erfahren will, sei auf „Tax Havens: How Globalization Really Works“ von Ronen Palan und Mitautoren (Cornell University Press 2010) verwiesen.

Mark Herkenrath

stoffkategorien, Herkunftsorte, Preisentwicklung und Marktanteile bietet einen informativen und willkommenen Einstieg in diese komplexe Materie. Um den Rohstoffhandel selbst geht es im zweiten Kapitel. Wie kommt beispielsweise das Öl vom Bohrloch an die Tankstelle? Über welche Kanäle werden die Zahlungen abgewickelt? Wer profitiert schliesslich davon?

Die Schweiz als wichtiger Rohstoffhandelsplatz ist aber nicht nur ein aktuelles Phänomen, es hat auch seine Geschichte. Obwohl heute vor allem Firmen, die erst in jüngster Zeit zugewandert sind, das Geschäft prägen, haben Firmensitze der Rohstoffhändler in der Schweiz eine lange Tradition. Der Blick auf die traditionellen Handelshäuser, die ihre Wurzeln im 19. Jahrhundert haben, zeigt, dass die Schweiz und der Kolonialismus doch mehr miteinander zu tun haben, als gemeinhin angenommen oder behauptet wird (vgl. Hans Fässler, Reise in Schwarz-Weiss, Zürich 2006 / David Thomas et al., Schwarze Geschäfte, Zürich 2005). Allerdings hat keine der alten Rohstofffirmen den Übergang ins

21. Jahrhundert überlebt. Wer heute vorherrschend ist in diesem Sektor, der suchte die Nähe zu den Banken und die günstigen steuerlichen Voraussetzungen in der Schweiz. Der prominenteste darunter ist zweifellos der amerikanische Rohstoffhändler Marc Rich. Seine Rolle als Patron der neuen Rohstoffhändler und die wirtschaftlichen und politischen Faktoren, die die Schweiz für diese Geschäfte derart attraktiv machen, zeichnet das Buch überzeugend nach.

Den beiden wichtigsten Zentren des Rohstoffhandels in der Schweiz, Zug und Genf, wird je ein eigenes Kapitel gewidmet. Von der mondänen Seite präsentiert sich die Stadt Zug bereits bei der Ankunft mit dem Bahnhof. Wie eng Zug und die grossen Bergbaufirmen verbunden sind, zeigt sich beispielsweise am Shuttlebus, der vom Stadtzentrum zum Hauptsitz von Glencore im Baarer Industriequartier fährt. Die Linie wird zwar von den Zugerland Verkehrsbetrieben geführt, das Fahrzeug gehört aber Glencore. Während die EvB in Zug auf die zwei Giganten Glencore und Xstrata fokussiert, stehen in Genf die Ölhandelsgesellschaften im Vordergrund. Die Bedeutung von Genf als global wichtigster Ölhandelsplatz hängt dabei eng mit den auf Handelskredite spezialisierten Banken zusammen.

Stark vertreten sind neben Grosskonzernen wie Vitol, der übrigens mit einem Umsatz von 195 Mrd. Dollar das umsatzstärkste Unternehmen in der Schweiz ist, auch jüngere Unternehmen, die in erster Linie durch den Verkauf russischen Erdöls gross geworden sind. Während es Glencore und Xstrata in den letzten Jahren zu einer gewissen, wenn auch unfreiwilligen Bekanntheit gebracht haben, sind die Namen der Genfer Ölhändler nach wie vor unbekannt. Diese Konzerne sind noch immer

nicht an der Börse kotiert und entziehen sich der Öffentlichkeit praktisch vollständig.

Obwohl die Konzerne von der Schweiz aus operieren, findet die Ausbeutung der Rohstoffe heute oft im globalen Süden und nicht selten in Konfliktgebieten statt. Mehrere Fallbeispiele zeigen, welche Auswirkungen dies für lokale Gemeinschaften, die Umwelt und sogar ganze Staaten haben kann: Die Kupfermine von Mopani in Sambia ist eine der rentabelsten Kupferminen Sambias. Von den Gewinnen der Konzerne fliesst jedoch nichts nach Sambia und an die lokale Bevölkerung zurück. Seit Jahren schreibt die Mine Verluste, weil die Betreibergesellschaft, eine Tochterunternehmen von Glencore, das Kupfer zu viel zu tiefen Preisen innerhalb des Konzerns weiterverkauft, so dass vor Ort keine Steuern bezahlt werden müssen. Was die Bevölkerung vor Ort aber vor allem in Kauf nehmen muss, sind schwerste Umweltverschmutzungen und Arbeiten zu schlechtesten Bedingungen. Die Hälfte aller Minenarbeiter sind Leiharbeiter ohne feste Arbeitsverträge.

Wie auch noch mit Rohbenzin schlechtesten Qualität Geschäfte gemacht werden können und wer die Kosten dafür trägt, zeigt sich derweil an einem Beispiel von Trafigura aus dem Jahr 2006. Von der Veredelung von Destillationsabfällen versprach man sich grosse Gewinne. Weil an Land nirgends ein Ort gefunden wurde, wo diese Verarbeitung stattfinden konnte, wurde ein Schiff zu einer schwimmenden Raffinerie umgebaut. Die Abfälle wurden nach einer längeren Odyssee in der Elfenbeinküste auf offene Deponien gekippt. Dies führte zu schweren Gesundheitsproblemen in der Bevölkerung, 15 Menschen starben an den Folgen der Vergiftungen. Zu den schädlichen Auswirkungen des Abbaus

und der Verarbeitung der Rohstoffe kommen die Spekulationsgeschäfte und die Anfälligkeit für Korruption hinzu. Der Skandal um das „Oil for Food“-Programm der UNO im Irak ist dafür ein aufschlussreiches Beispiel.

Angesichts dieser gravierenden Auswirkungen stellt sich die Frage, was sich bei den Unternehmen ändern muss und welche Verantwortung die Politik zu übernehmen hat. Wie bei der Finanzindustrie haben sich die Schweiz und besonders einzelne Kantone auch im Rohstoffhandel mit Steuerprivilegien für Firmen und laschen Gesetzen zur Unternehmensverantwortung in eine wettbewerbspolitisch günstige Position gebracht. Wie Mark Pieth im Interview darlegt, geht die Schweiz aber damit ein grosses Reputationsrisiko ein.

Oliver Marchart: Die politische Differenz. Zum Denken des Politischen bei Nancy, Lefort, Badiou, Laclau und Agamben. Suhrkamp stw, Berlin, 2010 (391 S., 14.- €)

Nicht nur das Unbehagen in der Demokratie scheint sich in Form verbreiteter politischer Abstinenz, wenn nicht Apathie breitzumachen. Dieses findet in einem Unbehagen an der Demokratie als „bester aller schlechten Regierungsformen“ ihr Äquivalent, wie es sich in verschiedenen Verzweigungen des politischen Denkens manifestiert und in pessimistisch gestimmten Gegenwartsanalysen zu gouvernementalen Regierungsformen oder in Etikettierungen wie derjenigen des „postdemokratischen“ Zustands gegenwärtiger Demokratien (Colin Crouch) aufscheint.

Dass hinter Demokratie, verstanden als „Volksherrschaft“, ein facettenrei-

Trotz der Fokussierung auf Konzerne mit Sitz in der Schweiz, nähert sich das Buch dem Thema unter vielen verschiedenen Gesichtspunkten. Dies geht teilweise ein wenig auf Kosten fundierter Analysen; so bleiben etwa beim Goldkapitel noch einige Fragen offen. Doch dieses von der Erklärung von Bern herausgegebene Buch eröffnet einen detail- und faktenreichen Blick auf die Welt des Rohstoffhandels. Durch das Ausleuchten des wirtschaftlich und rechtlich günstigen Umfelds, welches die Firmen hier immer noch vorfinden, wird klarer, warum und in welchem Ausmass die Schweiz diese Geschäfte fördert und auf wessen Rücken sie von ihnen profitiert.

Stephan Tschirren

cher Begriff des Politischen wirkt, wie er sich, philosophiegeschichtlich gesprochen, unter postfundamentalistischen Bedingungen ausfaltet, das zeigt die grundlegende Monografie des Philosophen und Soziologen Oliver Marchart. Was diese Studie zu einer gewichtigen Intervention ins politische Denken der Gegenwart macht, ist, dass sich Marchart nicht auf eine philosophische Begriffsbestimmung und Kritik der vorliegenden Einsätze von Nancy, Lefort, Badiou, Laclau und Agamben beschränkt, sondern schlüssig die ethischen, politischen und demokratietheoretischen Konsequenzen nachzeichnet.

Die Studie nimmt ihren Ausgang von der postfundamentalistischen Einsicht, dass das Soziale nicht mehr eine erst- oder letztbegründende Referenz hat, über die sich die gesellschaftlich gleichwohl immer notwendigen Gründungsakte substanziell beglaubigen

liessen. Post- und nicht antifundamentalistisch ist diese Annahme eben deshalb, weil sie daraus nicht den Schluss zieht, jede metaphysische Idee von Gründung verwerfen zu können, sondern auf die notwendige Kontingenz partikularer Grundlegungen pocht. Beide Terme sind dabei gleichermassen unumgehbar: Kontingenz und Notwendigkeit sind die gemeinsamen transzendentalen Klammern, denen Marchart das politische Denken der von ihm gelesenen Philosophen unterstellt.

In der französischen Philosophie wird seit dreissig Jahren eine weitgefächerte Debatte um die Differenz zwischen 'la' und 'le' politique (die Politik vs. das Politische) und also um die ontologische Frage einer „Essenz des Politischen“ (Jean-Luc Nancy) geführt. Marcharts symptomatologische Ausgangsthese lautet, dass die politische Differenz – die Notwendigkeit, das Politische jenseits instituiertes Politik zu fassen, aber auch die Einsicht, dass die beiden Dimensionen ununterbrechbar aufeinander bezogen sein müssen – „die in sich zusammenbrechenden Grundlagen des Fundamentalismus“ anzeige (S.59).

Mit der Erarbeitung politischer Ontologien werde das „hegemoniale Terrain der Epistemologie“ verlassen, das seit Descartes und Kant die klassische Ontologie als prima philosophia besetzt gehalten habe (S.278). Seine Studie arbeitet sich nach einer Genealogie des Begriffs des Politischen in Teil 1 sowohl im kritischen Vergleich der behandelten Denker (2. Teil) als auch in der Fortführung der sich hieraus ergebenden philosophischen, politischen und ethischen Implikationen (3. Teil) an der heideggerschen „Grundfrage“ ab: Wie lässt sich nicht nur die Differenz von Seiendem und Sein (die Leitfrage der abendländischen

Metaphysik), sondern die Differenz als Differenz – und das heisst als in sich selbst different – denken?

Zudem: Weil sich Differenz immer in einem historisch-politischen Feld artikuliert, als Kampf um immer partikuläre Universalisierungsversuche, muss sie an die „Bedingungslage der hegemonialen Konjunktur, d.h. der sozialen Kämpfe der Zeit“, angeschlossen bleiben bzw. kann erst darin untersucht werden (S.270). Insoweit Marchart also dem vorgefundenen Anspruch folgt und ein Denken des Politischen für die Politikanalyse als notwendig erachtet, denkt er diesen normativen Anspruch insofern gründlich weiter, als er ihn auf das Feld des handelnden politischen Subjekts, auf dessen Ethik und auf die Demokratie als ein spezifisches „symbolischen Arrangement“ der „Gespaltenheit des Sozialen“ (Claude Lefort) bezieht. So bleibt sein Projekt nicht nur „eine kontingente Intervention vonseiten der Politik in das depolitisierte Feld der Philosophie“ (S.276), sondern leistet einen theoretisch reflektierten Beitrag zur Darstellung und Weiterentwicklung postfundamentalistischer Annahmen.

Marchart verortet die postfundamentalistische Diskussion des Politischen in den letzten dreissig Jahren hauptsächlich in zwei Traditionslinien: Über die französische Rezeption von Heidegger vermittelt sich der Komplex ontologischer Fragestellungen, nun politisch gewendet und fundamementiert. Über Theoretiker der Souveränität, der Hegemonie, des Antagonismus (Machiavelli, Gramsci, Schmitt) gewinnt die Frage nach dem politischen (Handlungs-)Moment, nach der Bestimmung des Politischen aus der Analyse der Logik der Politik als historischem Kampffeld, ihre Dringlichkeit. Da er von einer genuin politischen Stiftung

des Sozialen ausgeht, schreibt Marchart jenen Denkern – Claude Lefort und Ernesto Laclau insbesondere – einen produktiv zu machenden Begriff des Politischen zu, die sowohl den a(nta)gonistischen Charakter politischer Momente als auch die notwendige Kontingenz einer Gründungsgeste anerkennen und weiterentwickeln.

In deutlich problematisierender Weise werden die Positionen Nancys, Badiou, Agambens und (bloss streiflichtartig) Rancières sowie Negris und Hardts analysiert, denen Marchart eine gesinnungsethische oder messianisch-religiöse Entleerung des Politikbegriffs zugunsten verschiedener Spielformen eines „reinen Ereignisses“ vorhält. Damit werde Politik (als strategisches Handeln in einem immer umkämpften Feld) aufgelöst zugunsten eines „Attentismus“ (S.322), der das Warten auf die Erlösung erfordere und sich in einen passiven Nihilismus verflüchtigen könne (den Marchart in der vielfach vorgeführten Figur des Bartleby aus Herman Melvilles gleichnamiger Novelle verkörpert sieht).

In seinem Versuch, das Politische und Politik nicht nur begriffshistorisch und begriffssystematisch, sondern auch phänomenologisch zu fassen, kritisiert Marchart Konzepte einer minoritären Politik, wie er sie bei De Certeau sowie Deleuze und Guattari am Werk sieht. Deren absolute Ausdehnung des Politischen auf die Mikroebene alltäglichen Handelns (De Certeaus subversive Taktiken) sowie auf Prozesse des „Minoritär-Werdens“ sei als Universalisierung des Politischen nur die Spiegelung von Konzepten einer singulären oder unbedingten Politik. In beiden Konzeptionen löse sich Differenz als Differenz auf bzw. werde auf eine Seite der Differenz vereindeutigt. Das politische Spiel, die notwendige Kontingenz, dass etwas ist

und nicht vielmehr nichts, vergeht: entweder in einer Überhöhung der permanenten Performanz des Sozialen zu einer subversiven Mikropolitik oder in einer Entleerung des hegemonialen Terrains zugunsten einer metaphysischen Trauerarbeit (Badiou's Verpflichtung der Treue zum kommunistischen Erbe) oder einer messianischen Erwartung des Unbedingten, Reinen, Singulären (etwa Agambens „Mittel ohne Zweck“, Zizeks „Akt“).

Politik hingegen – und das Politische –, so Marcharts Lesart, ist der stete Umgang mit Bedingtheiten, zeigt sich als gramscianischer Stellungs- und Bewegungskrieg im Horizont hegemonialer Ansprüche, ist das differentielle Spiel von Machiavellis *fortuna* (Schicksal, Kontingenz) und *occasione* (glücklicher Gelegenheit). „Die quasi-transzendente Bedingung der Kontingenz und die empirischen Bedingungen der Gelegenheit sind ineinander verzahnt.“ (S.310) Man kann sie nicht beim Schopf packen, aber das heisst nicht, ihre Lage nicht analysieren zu sollen – und sich in ein (wie immer gespaltenes) Handlungssubjekt zu verwandeln.

Die Bevorzugung von Ansätzen, die einem pragmatischen Politikbegriff Relevanz für das Denken des Politischen zurückgeben (ohne dessen „realistischer“, sprich: neokonservativer Färbung Sympathie entgegenzubringen), rührt vom Neogramscianismus her, wie er in den britischen Cultural Studies – Marchart hat dazu 2008 eine einführende Monografie herausgebracht – und deren postmarxistischer Neuorientierung von Politik, Ökonomie und Kultur betrieben wurde und wird. Nicht die manichäische Intensität des Feindverhältnisses als „unsere eigene Frage als Gestalt“ (Carl Schmitt), aber doch ein agonistisches Spannungsverhältnis ist die Grundlage des Eintritts in die Sphäre des Politischen.

Was ist mit alledem für die Demokratie und deren Theorie gewonnen? Zunächst einmal ein weiteres Non-sequitur: Der postfundamentalistische Horizont fällt nicht mit dem demokratischen zusammen, denn Grundlosigkeit ist Merkmal aller Regierungsformen. Und trotzdem: Mit der Auflösung der fundamentalistischen Mythen erweitern sich Spielräume der Politisierung, einschliesslich der emanzipatorischen Politisierung (S.329). Deren Potenzial ist in der demokratischen Form am grössten, weil deren symbolisches Arrangement den abwesenden Grund nicht verleugnet oder verwirft, sondern ihn institutionell akzeptiert und der Abwesenheit des Grundes zu symbolischer Anwesenheit verhilft.

Damit widerspricht Marchart nicht Analysen, die die gegenwärtigen Demokratien entleert und auf blossen Hüllen reduziert sehen, unterstellt ihnen aber Kurzsichtigkeit in Bezug auf die theoretischen Implikationen von Demokratie. Er zeigt, dass das „Unbehagen an der Demokratie zur Demokratie selbst gehört, ja Demokratie dieses Unbehagen fortgesetzt produziert“ (S.337) – sie ist grundlos, unvollendbar und doch den politischen Grundlegungszwängen niemals entzogen.

Um das Versprechen einer Demokratie im Kommen, einer radikalen Demokratie, in der Schweben zu halten, ohne das Feld der Politik zugunsten der Ethik zu räumen, ist deshalb ein missing link nötig: Marchart sieht diesen in der Kategorie der Solidarität gegeben (S.351). Der Begriff überwindet seine unzulänglichen Ausformungen

im Paternalismus oder in Identitäts- bzw. Klassenpolitik dort, wo er von der lacanschen Psychoanalyse einen neuen Dreh erhält: „Sobald ich anerkenne, dass der Mangel, der mich bestimmt, konstitutiv ist“ (S.360), kann Anerkennung des Anderen auf der Grundlage der eigenen Selbstentfremdung und derjenigen des Anderen – die wiederum nie vollständig, also psychotisch gedacht wird – geschehen. Dies wiederum ist kein individueller Akt moralischer Grösse, sondern im ontologischen Dispositiv der Demokratie – der Grundlosigkeit, der Gespaltenheit des Sozialen – vorausgesetzt.

Diese Schlussfolgerungen im 3. Teil der Studie unterstreichen, wie produktiv Marchart die angelegten Fäden weiterspinnt, ohne sich im solide gezimmerten argumentativen Gebäude zu verlieren. Dekonstruktive und psychoanalytische Theoreme verfügen die souveränitätstheoretischen und alltagskulturellen Einsichten, die aus der politischen Philosophie, aus Postmarxismus und Neogramscianismus gewonnen sind. Die Studie entfaltet einen ruhigen Duktus und entgeht mittels regelmässiger Rekapitulationen der Ausgangsthesen und -argumente einer Verflachung in der Begriffsbildung. Dass Marchart dem von ihm gewählten theoretischen Begründungsmedium, der „praktischen Klugheit“ Aristoteles' (S.249), vollumfänglich gerecht wird, erübrigt sich fast, festgehalten zu werden. Um die „politische Differenz“ – als Begriff wie als Studie – wird man kaum mehr herumkommen.

Fabian Saner